

# Protokolleintrag vom 13.07.2011

2011/293

**Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011:**

**Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034**

Von den Fraktionen SP, Grüne und GLP ist am 13. Juli 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine verbindliche Strategie für einen Atomausstieg der Stadt Zürich bis zum Jahr 2034 vorzulegen. Die Strategie soll im Detail darlegen mittels welcher Massnahmen und Instrumente der Atomstromanteil durch erneuerbare Energien substituiert bzw. eingespart wird, und wie dieser Umstieg finanziert wird. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat alle 3 Jahre einen Bericht vor mit Angaben zum bisher Erreichten und mit den weiteren geplanten Massnahmen zur Erreichung des Ziels.

Begründung:

Auch zweieinhalb Jahre nach der Verankerung des Atomausstiegs in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich ist die Strategie, wie man den Atomausstieg konkret erreichen will nicht definiert. Um dieses Ziel auch sicher zu erreichen, braucht es aber eine klare Strategie, eine sogenannte Road Map, welche konkrete Meilensteine definiert. Hierin muss auch aufgezeigt werden, wann genau kein Strom mehr von den Atomkraftwerken Gösgen, Leibstadt, Bugey und Cattenom bezogen wird, bzw. wann die Beteiligungen an der Kernkraftwerk Gösgen AG und an der AKEB (Aktiengesellschaft für Kernenergie-Beteiligungen AG) beendet werden. Die Strategie soll im Detail aufzeigen, durch welche Massnahmen und Instrumente im Bereich der Energieeffizienz und dem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien dieser Atomausstieg zu erreichen ist. Aus dieser Strategie sollten auch zu erreichenden Produktionskapazitäten der verschiedenen erneuerbaren Stromproduktionsarten hervorgehen.

Es ist offensichtlich, dass der Projektbericht „Stromzukunft Stadt Zürich“ des ewz von November 2008 wie auch der Masterplan Energie der Stadt Zürich bei weitem nicht reichen. Um das Ziel des Atomausstiegs und notabene die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, braucht es konkrete Massnahmen und Instrumente, die in einem klaren Zeitplan und mit verbindlichen Meilensteine festgelegt werden.

Dabei ist klar, dass die dezentrale, fossile Stromerzeugung mittels einer punktuellen WKK-Nutzung innerhalb dieser auf erneuerbaren Energien ausgerichteten Atomausstiegsstrategie auch ihren Platz haben kann.

Ebenfalls ist es klar, dass in Ausnahmefällen Kurzfristbezüge von Strom aus nicht erneuerbaren Quellen weiterhin möglich sein werden.

Das ewz soll dabei unbedingt an seiner bisherigen Strategie festhalten, den Strom primär mit eigenen sowie mit in Partnerschaft betriebenen Kraftwerken zu produzieren.

Mitteilung an den Stadtrat